



QUO VADIS, UKRAINE? EIN JAHR NACH DEN EUROMAIDAN-PROTESTEN

■ KOMMENTAR	
Kein Endpunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise in Sicht Von Gunter Deuber, Wien	2
Quo vadis Ukraine? Die Neuerfindung des ukrainischen Staates Von Stefan Meister, Berlin	3
Blühende Landschaften? Von Heiko Pleines, Bremen	4
Krieg oder Frieden Von Gerhard Simon, Köln	6
Ein kleiner Regimewechsel in Kiew. Reformpolitische Implikationen der Parlamentswahl vom 26. Oktober 2014 Von Andreas Umland, Kiew	7
Vom Maidan ins Parlament, vom Maidan in die Provinz: neue Wege der ukrainischen Zivilgesellschaft Von Susann Worschech, Berlin	9
■ UMFRAGE	
Die Meinung der Ukrainer über den Euromaidan nach einem Jahr	11
■ DOKUMENTATION	
UN-Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ostukraine	13
■ CHRONIK	
10. – 23. November 2014	15



Kein Endpunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise in Sicht

Von Gunter Deuber, Wien

Die Ukraine erduldet gegenwärtig, bis dato ohne massivste gesellschaftliche Verwerfungen, eine einschneidende Wirtschaftskrise. Die Summe der Bruttoinlandsprodukte 2014 und 2015 wird um etwa 15 Prozent schrumpfen. Im Alltag fühlt sich der Wohlstandsverlust durch den Griwna-Verfall noch heftiger an. In diesem Jahr hat die Griwna etwa die Hälfte ihres Außenwertes zum Dollar und Euro verloren. In der Ukraine, wo viel mit Fremdwährung bezahlt wird, leiden Durchschnittsbürger und kleinere Unternehmen besonders unter einer Währungsabwertung. Heimische Großunternehmen haben oft Einkünfte in Fremdwährung; in der Ukraine tätige ausländische Großunternehmen leiden derzeit dagegen unter Restriktionen im internationalen Kapitalverkehr. Mit solchen Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung soll der Griwna-Verfall zumindest abgefedert werden, denn die Notenbank der Ukraine hat nur noch sehr niedrige Devisenreserven zur Stützung der Griwna (etwa zwölf Milliarden US-Dollar) und Kapital verlässt in großen Mengen das Land (etwa neun Milliarden Dollar im ersten Halbjahr). Die Devisenreserven sind so niedrig, dass nur noch ca. zwei Monate an Importen bezahlt werden können. Insofern verwundert es auch nicht, dass es die ersten Anzeichen von Knappheit im Gesundheitssystem gibt; letzteres ist sehr stark auf Importe angewiesen.

Der aktuelle Wirtschaftseinbruch ist schroffer als von Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU antizipiert. Der extreme wirtschaftliche Rückschlag ist in Teilen auf den Konflikt im Osten des Landes zurückzuführen, der administrative und finanzielle Ressourcen bindet, wobei die aktuellen ökonomischen Verwerfungen auch die geringe Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik, etwa im Bereich der Staatsfinanzen, über die letzten Jahre aufzeigen. Hier gilt es aber auch zu betonen, dass der wirtschaftspolitische Reformkurs im Jahr 2014 nicht sonderlich ambitioniert war. Und angesichts der prekären Lage der Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen erscheint die lange dauernde Regierungsbildung nahezu fahrlässig. Die Steuereinnahmen brechen derzeit, wie auch andere ökonomische Indikatoren (etwa die Industrieproduktion), im zweistelligen Prozentbereich ein. Das Staatsdefizit wird dieses Jahr (eingerechnet Naftogaz) an die zwölf Prozent des BIP betragen. Und der in großen Teilen marode Bankensektor (hier sind vor allem die Banken in heimischer und/oder Staatshand zu nennen) wird – wie unlängst offiziell bestätigt – gewichtige staatliche Kapitalzuschüsse benötigen (ausländische Banken müssen – falls nötig – ihren Tochterbanken in der Ukraine

selbst Kapital zuführen). Zur Bankensektorstabilisierung werden wohl drei bis vier Milliarden Dollar nötig sein, während für diesen Zweck im bisherigen IWF-Abkommen nur knapp eine Milliarde vorgesehen ist.

Angesichts der skizzierten Gesamtlage wird das IWF-Programm für die Ukraine wahrscheinlich in absehbarer Zeit revidiert werden müssen. Solch eine Programmrevison, einhergehend mit einer zusätzlich notwendigen Finanzunterstützung im Bereich von fünf bis zehn Milliarden US-Dollar kann helfen, unmittelbare Finanzierungslücken zu decken, wobei hier voraussichtlich v. a. Gelder anderer Geber bzw. Staaten die Lücke füllen müssen, da der IWF gemäß seiner Regularien mit 17 Milliarden US-Dollar schon sehr viel Geld an die Ukraine ausgebracht hat. Kurzfristig könnten auch eine an sich geplante internationale Geberkonferenz für die Ukraine oder ein Schuldenschnitt etwas Luft verschaffen. Für eine Geberkonferenz fehlen allerdings wichtige politische Voraussetzungen und insofern wird ein Schuldenschnitt, v. a. bei staatlichen Fremdwährungsanleihen, immer wahrscheinlicher, zumal die Ukraine in Bezug auf maßgebliche Indikatoren der Schuldentragfähigkeit (Staatsschulden und deren Anstieg in kurzer Zeit, Auslandsschulden, Währungsabwertung, Wirtschaftseinbruch) derzeit mindestens so schlecht dasteht wie vor der letzten Umschuldung Ende der 1990er Jahre. Von einem Schuldenschnitt darf allerdings auch nicht zu viel Entlastung erwartet werden. Mit einem Staatsschuldenschnitt kann die Staatsschuldenquote einer Volkswirtschaft in der Regel um etwa 15 bis 20 Prozentpunkte gedrückt werden. Die Staatsschulden in der Ukraine belaufen sich aber schon auf fast 70 % der Wirtschaftsleistung; und IWF-Gelder müssen zudem immer zur Gänze zurückgezahlt werden.

Über die Herausforderung einer kurzfristigen Stabilisierung hinausgehend gilt es zu betonen, dass derzeit unklar ist, wie die wirtschaftliche Situation in der Ukraine mittel- oder gar langfristig stabilisiert werden kann. Ohne Zugriff der Regierung in Kiew auf große Teile des Donbass, wo das Gros der Exporte generiert wird, wird die ökonomische Stabilisierung noch schwieriger als gedacht (die Regionen Donezk und Luhansk tragen etwa 16 % zum BIP der Ukraine bei bzw. 27 % zu den Exporten). Zudem fehlt der Ukraine ohne große Teile des Donbass auch eine wirtschaftliche Strategie, zumindest als Produktionsstandort im EU-Binnenmarkt (ggfs. mit weiterem Zugang zum russischen Markt) und es ist derzeit nicht absehbar, dass Russland einen konstruktiven Beitrag zur ökonomischen Stabilisierung der Ukraine liefern kann und will. Bis dato

fällt Russland v. a. durch Handelsrestriktionen gegenüber der Ukraine negativ auf. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage in der Ukraine wird auch zunehmend offensichtlich, dass die westliche internationale Gemeinschaft und v. a. die EU langfristig umfangreiche Gelder zu Verfügung stellen müssten, um das Land zu festigen und aufzubauen. Ob dies politisch möglich ist, kann derzeit nicht eindeutig beantwortet werden. Im Zuge des von der EU angebahnten Gasabkommens zwischen der Ukraine und Russland ist auf jeden Fall deutlich geworden, dass die direkte Zahlungsbereitschaft der EU für die Ukraine eher begrenzt ist.

Angesichts der skizzierten Gesamtlage ist nicht damit zu rechnen, dass die tiefe Wirtschaftskrise in

der Ukraine schnell überwunden wird. In den kommenden Monaten werden daher wohl noch einige unangenehme Reform- und Umgestaltungsschritte in der Ukraine nötig sein, während sich auch die westlichen Geldgeber klar auf höhere Summen zur Unterstützung der Ukraine einstellen müssen. Im Lichte von Erfahrungen in anderen Transformationsländern in Mittel- und Mitteleuropa würden für einen langfristig nachhaltigen Aufbau in der Ukraine – die notwendigen institutionellen Zustände vor Ort vorausgesetzt – in den kommenden Jahren mindestens 200 Milliarden US-Dollar an öffentlichen und privaten Geldern bzw. Investitionen benötigt.

Über den Autor:

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International AG (RBI), einer der größten in der Ukraine tätigen Auslandsbanken, die in Wien sitzt. Der vorliegende Kommentar repräsentiert die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

Quo vadis Ukraine? Die Neuerfindung des ukrainischen Staates

Von Stefan Meister, Berlin

Ein Jahr nach dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius und dem Beginn der Proteste auf dem Maidan befindet sich die Ukraine in einer der schwersten Krisen ihrer post-sowjetischen Geschichte. Nicht nur, dass das Land praktisch zahlungsunfähig ist und seine Gläubiger nur mit Hilfe internationaler Geldgeber bedienen kann, es befindet sich auch in einem (asymmetrischen) Krieg mit einem von Russland unterstützten kriminellen Regime in Teilen des Donbas, die Krim ist mittel- bis langfristig an Russland verloren und Korruption sowie alte Seilschaften bestimmen weiterhin maßgeblich die ukrainische Politik. Die größte Herausforderung für das Land bleibt jedoch das Nichtfunktionieren von Staatlichkeit auch in zentralen Bereichen wie Sicherheit sowie Rechts- und Sozialsystem. Die Wiederherstellung und Neudefinition von Staat in der Ukraine ist die größte Herausforderung für Präsident Poroschenko und das neugewählte Parlament. Dies kann nur mit der Gesellschaft gelingen, nicht wie bisher in der ukrainischen Politik gegen diese. Die Ablehnung dieses Staates und seiner korrupten Eliten, der Wunsch, in einem »demokratischen, sozial orientierten Rechtsstaat« zu leben, sind zentrale Forderungen des Kiewer Maidans gewesen.

Gleichzeitig bietet diese existentielle Krise die einzigartige Chance für einen Systemwechsel auf der Basis von

echten, umfassenden Reformen. Damit der schwache Staat Ukraine nicht zum *failed state* wird, muss sich die Ukraine neu erfinden. Der Druck Russlands von außen (und zum Teil von innen) sollte davon nicht ablenken, sondern den Wandel befördern. Mit den Parlamentswahlen haben große Teile der ukrainischen Bevölkerung für die demokratischen und EU-orientierten Parteien gestimmt und damit auch ein Mandat für Reformen des Staates – auch wenn sie schmerzhaft sein werden – gegeben. Die ukrainische Zivilgesellschaft ist die wichtigste Ressource des Landes, die in diesen Prozessen eine zentrale Rolle spielen sollte. Seit der Absetzung des ehemaligen Präsidenten Janukowitsch sind zwar wichtige Reformprojekte angestoßen worden, jedoch fehlen zentrale Reformbereiche. Gleichzeitig ist ein Mentalitätswechsel nötig, der nicht von heute auf morgen erfolgen kann, sondern nur mittel- bis langfristig. Das sollte bei all den Erwartungen in der EU und der ukrainischen Bevölkerung berücksichtigt werden.

Präsident Petro Poroschenko und Premier Arsenij Jazenjuk haben im letzten halben Jahr im Wesentlichen fünf Reformen angestoßen: ein Lustrationsgesetz, welches eine große Zahl der Beamten auf Korruption, Tätigkeit unter Janukowitsch und im kommunistischen Partei- und Sicherheitsapparat überprüfen soll,

die Reform der Staatsanwaltschaft, deren Rechte stark beschnitten werden, ein Anti-Korruptionspaket, bei dem unter anderen hohe Staatsbeamte ihre Einnahmen und ihren Besitz veröffentlichen müssen, erste Schritte für Energiereformen auf Druck des IWF und eine Reform der Hochschulbildung, die den Universitäten weitgehende Autonomie gibt. Trotz vieler Schwächen dieser Gesetze sind wichtige Probleme erstmals angegangen worden, aber grundlegende Defizite wie die Wahlreform, die Verfassungsreform oder die Zerschlagung von Monopolen auch im Energiesektor und insbesondere mit Blick auf den Monopolisten Naftogas fehlen. Priorität für die Bevölkerung haben Sicherheit und damit die Reform der Armee und Sicherheitskräfte, Korruption und eine unabhängige Justiz sowie die soziale Situation. Hier muss die ukrainische Regierung mehr tun. Eine Vielzahl von Reformkräften aus der Zivilgesellschaft ist in die Rada insbesondere über die Partei Selbsthilfe gewählt worden. Diese Partei wird als drittstärkste Kraft nach dem Block von Präsident Poroschenko und der Volksfront von Premier Arsenij Jazenjuk an der Regierung beteiligt werden. Damit zieht erstmals eine größere Zahl an unabhängigen Personen in die Rada ein, die nicht mit der Korruption der alten ukrainischen Eliten verbunden ist. Ebenso ist es ein posi-

tives Signal, dass der Koalitionsvertrag nicht bereits kurz nach der Wahl feststand, sondern über mehrere Wochen ausgehandelt werden muss. Das lässt hoffen, dass es eher um Themen als um Personen geht.

Die zentralen Fragen bleiben, ob und wie die notwendigen Reformen angegangen werden und inwieweit sich die ukrainischen Eliten ihrer Verantwortung stellen. Druck von innen und von außen wird dafür nötig sein. Auch die EU und der IWF spielen als wichtigste Geldgeber eine zentrale Rolle. Sie müssen nicht nur über Personal und Know-how bei der Umsetzung von Reformen helfen, sondern durch eine harte Konditionalität bei der Vergabe von Geldern Druck auf die Eliten und die politische Führung ausüben. Dabei sollte die aktive Zivilgesellschaft in Monitoring-Prozesse und die Umsetzung von Reformen direkt eingebunden werden. Sie sollte von internationalen Institutionen nicht nur angehört werden, sondern direkt in deren Verhandlungen und Beratungen von Gesetzen und Reformen mit den politischen Institutionen einbezogen werden. Die Neudefinition des ukrainischen Staates kann nur gelingen, wenn sie sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung nach einem funktionsfähigen und sozialen Rechtsstaat orientiert und nicht an den rent-seeking-Interessen der korrupten Eliten.

Über den Autor:

Dr. Stefan Meister ist Leiter des Programms Osteuropa, Russland und Zentralasien des Robert Bosch-Zentrums in der DGAP.

Blühende Landschaften?

Von Heiko Pleines, Bremen

Vor der deutschen Wiedervereinigung versprach der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl für die DDR blühende Landschaften. Dieser vieldiskutierte Slogan ist in zweierlei Hinsicht hilfreich für ein Verständnis der aktuellen Lage in der Ukraine.

Die Demonstranten, die im November 2013 anfragen, eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU zu fordern, erhofften sich für ihr Land dadurch wohl auch eine Chance auf blühende Landschaften. Trotz des erfolgten Abschlusses des Assoziierungsabkommens mit der EU dürfte diese Hoffnung aber mittlerweile jedem Beobachter der Ukraine absurd vorkommen. »Blut und Tränen« wäre für das Land wohl derzeit das passendere Zitat.

Dies bezieht sich nicht nur auf die bewaffneten Kämpfe im Osten des Landes. Ebenfalls drama-

tisch ist die wirtschaftliche Situation. Bereits unter Janukowitsch befand sich die ukrainische Wirtschaft in einer Krise. Jetzt wird für 2014 ein Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um über 5 Prozent erwartet. Der Wert der nationalen Währung hat sich gegenüber dem Dollar halbiert, was die erforderlichen Erdgasimporte zunehmend unbezahlbar macht. Die daraus resultierenden Kosten bringen die Ukraine immer näher an einen Staatsbankrott.

Obwohl die befürchteten Wahlerfolge rechtsextremer Parteien ausgeblieben sind, ist das politische Klima in der Ukraine vergiftet. Das Lustrationsgesetz stellt Tausende Staatsbedienstete unter Generalverdacht (siehe Ukraine-Analyse Nr. 139). Die Kiewer Staatsanwaltschaft beklagt die zunehmende Gewaltkriminalität durch Mitglieder von Freiwilligenbataillonen (siehe

Ukraine-Analyse Nr. 141). In großen Städten des Landes, wie Kiew oder auch Charkiw, werden regelmäßig U-Bahn-Stationen und öffentliche Gebäude wegen Bombendrohungen gesperrt. In der Region Odessa lag die Beteiligung bei den Parlamentswahlen im Oktober unter 40 %. Auch in anderen östlichen Regionen des Landes war sie nicht viel höher. Im gesamten Land lag die Wahlbeteiligung bei gerade einmal 51 %, der niedrigste Wert seit der Unabhängigkeit des Landes. Insgesamt ist dies ein Zeichen für Politikverdrossenheit. In den östlichen Regionen kommt hinzu, dass ein großer Teil der Bevölkerung sich in der aktuellen Situation politisch nicht mehr vertreten fühlt.

Gleichzeitig macht es die ineffiziente und korrupte Staatsverwaltung unmöglich, zügig weitreichende Reformen umzusetzen. Die neue politische Führung der Ukraine hat sich so seit März auf der Suche nach handlungsfähigen und zuverlässigen Unterstützern vor allem damit beschäftigt, immer wieder das politische Personal auszuwechseln. Gleichzeitig hat sie gegen alte Amtsinhaber eine Flut von Korruptionsprozessen angestoßen.

Erst in den Koalitionsverhandlungen nach der Parlamentswahl vom Oktober sind erstmals systematisch umfassende Reformvorhaben diskutiert worden. Der Koalitionsvertrag verspricht so, zentrale Probleme systematisch anzugehen. Inwieweit die vereinbarten Vorhaben konsistent sind und dann auch umgesetzt werden, muss sich aber erst noch zeigen. In der öffentlichen Debatte dominieren außerdem nach wie vor – auch von Seiten der Regierungskoalition – der bewaffnete Konflikt im Osten des Landes und Versuche, einen neuen »patriotischen« Konsens zu schaffen. Gleichzeitig balanciert die Ukraine am wirtschaftlichen Abgrund.

Dies führt zum zweiten Aspekt des Kohl-Zitates von blühenden Landschaften. Die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entstandenen neuen Bundesländer sind aus Sicht vieler ihrer Bewohner auch nach nunmehr fast 25 Jahren nicht zu blühenden Landschaften geworden, obwohl die Bundesregierung massive Finanzhilfen geleistet hat.

Anstelle von Solidaritätszuschlägen wird der Ukraine aber vor allem ein vom Internationalen Währungsfond (IWF) entworfenes Sparprogramm verordnet. Hier zeichnet sich ein griechisches Szenario ab. Die internationalen Kredite, die später auch zurückgezahlt werden müssen, werden zu einem großen Teil für die Bedienung der Auslandsschulden verwendet. Die Sparmaßnahmen verschärfen gleichzeitig die Wirtschaftskrise. Der drastische Rückgang des BIP wiederum macht eine Reduzierung der Schuldenquote (die als Anteil am BIP gemessen wird) kaum möglich. Im Ergebnis werden weitere Sparmaßnahmen gefordert. Wie das griechische Beispiel zeigt, sind in so einer Situation nicht einmal bewaff-

nete Konflikte auf dem eigenen Staatsgebiet erforderlich, um eine katastrophale Radikalisierung der politischen Kräfte zu bewirken.

Die Entwicklung in der Ukraine dürfte ganz im Interesse des russischen Präsidenten Wladimir Putin sein. Sie zeigt der russischen Bevölkerung – ohne dass dazu viel Propaganda erforderlich ist –, dass Proteste gegen den Präsidenten nur zu Chaos und Krise führen. Sie bestätigen damit die Sicht vieler Russen, dass Wladimir Putin als Garant der Stabilität gegenüber allen realistischen Alternativen das kleinere Übel ist. Gleichzeitig demonstriert aus russischer Sicht das wirtschaftliche Scheitern der Ukraine auch die Unmöglichkeit, das Entwicklungsmodell der EU auf die Länder Osteuropas zu übertragen. Die Annäherung an die EU wird so zu naiver Träumerei, während die von Russland propagierte Eurasische Wirtschaftsunion reale Vorteile bietet. Wie die aktuellen Entwicklungen in Georgien zeigen, wo die pro-europäischen Kräfte zunehmend an Einfluss verlieren, kann selbst wenige Jahre nach einem bewaffneten Konflikt mit Russland ein derartiger Realismus politisch handlungsfähig werden.

Bezogen auf die Desillusionierung der Bevölkerung bezüglich demokratischer Reformen und einer Annäherung an die EU gibt es direkte Parallelen mit dem Arabischen Frühling. Auch hier hat – mit der bisher noch möglichen Ausnahme von Tunesien – der pro-demokratische Protest nicht zu Fortschritten, sondern zu Chaos und Krisen geführt. Die Bevölkerungsmehrheit sieht deshalb Demokratie zumindest für das eigene Land nicht mehr als reale Option.

Die EU hat ihre Rolle in der internationalen Politik immer mit den eigenen Werten und der eigenen Wirtschaftskraft begründet. Beide Faktoren werden durch die Entwicklungen sowohl in der arabischen Region als auch in Osteuropa massiv entwertet. Aus Sicht der EU sollte sich hier massiver Handlungsbedarf ergeben.

Die Ukraine braucht – genau wie die Krisenstaaten der Eurozone und Tunesien – massive Finanzhilfen, um über Investitionen die Wirtschaft zu reanimieren. Sinnvolle und über internationale Kredite förderbare Projekte gibt es dabei von der Steigerung der Energieeffizienz über Infrastrukturverbesserungen bis zum Wiederaufbau in der Ostukraine mehr als genug. Vorher sind eine Restrukturierung oder ein Teilerlass der Auslandsschulden erforderlich, weil die Ukraine andernfalls entweder in eine Schuldenspirale gerät oder über einen Staatsbankrott ihren wirtschaftlichen Drahtseilakt um einen Salto erweitert.

Sinnvolle Investitionsprojekte statt drastischer Sparmaßnahmen könnten in der Ukraine zumindest eine vage Hoffnung auf blühende Landschaften schaffen und damit den engagierten Reformkräften in Parteien und

nicht-staatlichen Organisationen, von denen es in der Ukraine nicht zu viele gibt, einen Anknüpfungspunkt bieten, um einen nachhaltigen Versuch zur Rettung des Landes zu wagen. Ein Durchwursteln wie im grie-

chischen Fall dürfte für die Ukraine noch weit dramatischere Konsequenzen haben als für das südeuropäische Land, da die ukrainische Situation deutlich instabiler ist.

Über den Autor

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa.

Krieg oder Frieden

Von Gerhard Simon, Köln

Der Waffenstillstand vom 5. September 2014 verdient nicht diesen Namen, er ist aber auch nicht die uneingeschränkte Fortsetzung des Krieges der vergangenen Monate. Dieser teilweise Waffenstillstand kann jederzeit wieder in massive Kriegshandlungen umschlagen. Der Grund ist: Keine der Kriegsparteien hat ihr Kriegsziel erreicht. Die ukrainischen Streitkräfte wollen die fremden Truppen aus dem Donbas vertreiben und dort die tatsächliche Souveränität Kiews wieder herstellen. Die Kämpfer der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk und ihre russischen Unterstützer wollen den Donbas und nach Möglichkeit noch weitere Gebiete der Ukraine unter ihrer Kontrolle behalten. Ein Kompromiss zwischen diesen Positionen ist schwer vorstellbar, deshalb könnte es darauf hinauslaufen, dass hier ein neuer eingefrorener Konflikt entsteht, ein zweites Transnistrien. Das würde Russland ein effizientes Instrument zur dauernden Destabilisierung der Ukraine in die Hand geben. Insofern wäre es ein Teilsieg Russlands, auch wenn von der Etablierung eines »Neurussland« nicht die Rede sein kann.

Aber die Ukraine hat in einer ganz anderen Hinsicht einen Teilsieg errungen: Es ist ihr gelungen, gegen den massiven Widerstand Russlands die Konsolidierung im Inneren des Landes ein wesentliches Stück voranzubringen. Die Wahlen eines neuen Präsidenten im Mai und eines neuen Parlamentes im Oktober 2014 haben den Grund gelegt für Reformen im Inneren und die Umsetzung des außenpolitischen Ziels: Integration in Richtung Europa. Russland hat sich als Vetomacht nicht durchsetzen können. Denn das eigentliche russische Kriegsziel bestand und besteht nicht darin, die Krim und den Donbas zu besetzen, sondern die Ukraine daran zu hindern, sich aus der russischen Hegemonie zu lösen und den Weg nach Westen zu gehen.

Die russische Politik und Kriegführung fahren zur Begründung ihrer Kriegsziele das schwere Geschütz der Geopolitik und der Geschichte auf: Die Ukraine

sei seit jeher ein Teil der »Russischen Welt«, ja, Russen und Ukrainer seien »ein Volk«, wie Putin nicht müde wird zu wiederholen. Eine Loslösung der Ukraine aus der »Russischen Welt« wird deshalb von den Ideologen des neuen russischen Nationalismus als Angriff auf die russische Großmacht-Identität wahrgenommen.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob sich hinter dieser scheinbaren Verteidigung der Vergangenheit nicht die Angst vor der Zukunft verbirgt. Denn sollte es gelingen, Demokratie und den Willen zur Freiheit in der Ukraine fest zu verankern, wäre dies eine massive Bedrohung für die autoritäre Präsidialherrschaft in Russland. So wie Perestrojka und Glasnost vor 25 Jahren von Moskau aus ihren Siegeszug nach Ostmitteleuropa und in die Ukraine antraten, sind Demokratie und Freiheit heute eine Bedrohung für Moskau, die von Kiew ausgeht. Gewiss lassen sich gegen diese Bedrohung Panzer und Grad-Raketenwerfer einsetzen, aber deren Langzeitwirkung ist begrenzt.

Es ist nicht sicher, dass es gelingt, demokratische Institutionen in der Ukraine unumkehrbar zu konsolidieren und das Land ökonomisch auf Wachstumskurs zu bringen. Ohne die Unterstützung der EU und Nordamerikas erscheint das aussichtslos. Bisher ist der Westen, jedenfalls im Prinzip, bereit zu honorieren, dass hier das größte Land Ostmitteleuropas verspätet, aber jetzt mit Nachdruck und unter erheblichen Opfern den Anschluss sucht. Die Wahlen haben gezeigt, dass vor allem die Ukrainer selbst entschlossen sind, für ihre Ziele einzustehen und dass über diese Ziele jetzt in viel höherem Maß Konsens herrscht als in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten. Eine Erfolgsgarantie gibt es aber nicht. Denn die Ukraine ist zwar auf gutem Weg, sich politisch von Russland zu emanzipieren, aber militärisch und wirtschaftlich bleibt sie vorerst verwundbar und abhängig. Eine neue Perestrojka, die Russland selbst auf den Weg nach Westen bringen und damit ganz neue Handlungsbedingungen schaffen würde, ist der-

zeit nicht in Sicht. Deshalb muss man davon ausgehen, dass die schweren Konflikte zwischen Russland und dem

Westen, zu dem nun auch die Ukraine gehört, auf absehbare Zeit die internationale Politik bestimmen werden.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker und war leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an der Universität zu Köln.

Ein kleiner Regimewechsel in Kiew. Reformpolitische Implikationen der Parlamentswahl vom 26. Oktober 2014

Von Andreas Umland, Kiew

Mit den – unter den gegebenen schwierigen Umständen – relativ erfolgreich verlaufenen Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014 hat die Ukraine die letzte große unmittelbare Forderung des Euromaidans erfüllt. Die Ukraine hat damit auch einen kleinen Regimewechsel seit Ende Februar abgeschlossen. Nach Wiedereinführung der semipräsidentiellen Verfassung im Frühjahr sowie der Amtsübernahme Poroschenkos und der Teilratifizierung des EU-Assoziierungsabkommens im Sommer 2014 hat sich mit dem jüngsten Wahlergebnis sowohl die institutionelle als auch die personelle Konstellation der Kiewer politischen Landschaft grundlegend verändert. Von einer tatsächlich *neuen* Ukraine zu sprechen, scheint in vielerlei und nunmehr auch in parteipolitischer Hinsicht gerechtfertigt. Vier grundlegende Veränderungen in der Werchowna Rada lassen mich hoffnungsvoll auf zumindest diesen Aspekt der neuen politischen Situation in Kiew blicken: der Sieg proeuropäischer Parteien, das Fiasko der KPU, das schwache Abschneiden sonstiger Randparteien und der Einzug etlicher Zivilgesellschaftler ins Parlament.

Erstens haben die ausdrücklich prowestlichen Parteien, d. h. die Volksfront Arsenij Jazenjuks (22,12 %, 82 Sitze), der Präsidentenblock Petro Poroschenkos (21,82 %, 132 Sitze), die Selbsthilfe Andrij Sadowijs (10,97 %, 33 Sitze) und die Vaterlandspartei Julia Timoschenkos (5,68 %, 19 Sitze), erstmals eine klare Mehrheit, also 266 im von 450 auf 423 Abgeordnete geschrumpften Legislativorgan der Ukraine. Dies ist ein Novum im ukrainischen Parlament, das bislang stets zwischen Nationaldemokraten einerseits und mehr oder minder prorussischen Fraktionen andererseits gespalten war sowie einen großen, schwer definierbaren sogenannten »Sumpf« in der politischen Mitte enthielt. Sowohl das Lager der Antiwestler als auch der »Sumpf« sind in der neuen Rada deutlich geschrumpft. Die prowestlichen Nationaldemokraten dominieren derart klar, dass wohl selbst bei einer regulären Wahl in allen Regionen der

Ukraine, also auch auf der Krim und im Donezbecken, so kann man spekulieren, die proeuropäischen Kräfte eine zwar etwas geringere, aber immer noch klare Mehrheit errungen hätten.

Vor allem ist – und das ist die zweite Neuerung – erstmals die Kommunistische Partei (KP) und damit die bei weitem stärkste eindeutig antiwestliche und prorussische Kraft der Ukraine nicht im ukrainischen Parlament vertreten (3,88 %, keine Sitze); manche scherzen – seit 96 Jahren zum ersten Mal. Die bisherige KP könnte sogar aufgrund ihrer allzu engen Bindung an Russland sowie ihrer belasteten sowjetischen Vergangenheit auf Dauer aus der politischen Landschaft der Ukraine verschwinden. Womöglich wird die so entstehende politische Nische in Zukunft durch eine sich selbst als sozialistisch oder sozialdemokratisch bezeichnende Partei, derer es in der Ukraine etliche gibt, gefüllt.

Zum dritten haben neben der KP auch andere Randparteien überraschend schlecht abgeschnitten. Vor allem gelang es der sogenannten Radikalen Partei des Politclowns Oleh Ljaschko nicht, die beachtlichen Umfrageergebnisse seiner Populistentruppe im Sommer 2014 in reale Wählerunterstützung umzusetzen. Obwohl die Radikalen mit 7,44 % (22 Sitze) die Fünfprozenthürde übersprangen und nun eine Fraktion stellen, könnte Ljaschkos Partei eine Eintagsfliege in der ukrainischen Politik bleiben. Weder Ljaschko selbst noch seine Fraktionsgenossen sind visionäre Politiker, die ein nachhaltiges politisches Konzept für die Partei erkennen lassen.

Noch bemerkenswerter sind die Entwicklungen am rechten Rand. Wie von einigen Nationalismusforschern, etwa Anton Shekhovtsov (Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien), schon vor den Präsidentschaftswahlen vom Mai 2014 prognostiziert, erlitt die wichtigste eindeutig rechtsradikale Partei, die sogenannte Allukrainische Union Freiheit (Swoboda), einen stärkeren Einbruch ihrer Wählerunterstützung als erwartet. Ihr profiliertester Anführer und talentierter

Euromaidan-Sprecher Oleh Tjahnibok hatte schon bei den Präsidentschaftswahlen im Mai zur Überraschung vieler Beobachter lediglich 1,16% erhalten. Seine Partei scheiterte im Oktober mit 4,71% knapp an der Eingangsbarriere zum Parlament. Die Freiheitspartei ist mit diesem Absturz von den 10,44%, die sie 2012 erhalten hatte, nun geschwächt. Sie erkämpfte aber immerhin sechs Direktmandate in der Werchowna Rada, bleibt in den drei Gebietsparlamenten Galiziens dominant und verschwindet damit nicht völlig aus der politischen Landschaft der Ukraine.

Ein noch kläglicheres Schicksal ereilte den berüchtigten Rechten Sektor, eine neue, schwer definierbare und weitgehend unerforschte Dachorganisation verschiedener mehr oder minder nationalistischer Kleingruppen, die 1,81% erhielt und nur ein Direktmandat errang. Zu dem Misserfolg des Rechten Sektors kam es trotz der enormen internationalen Aufmerksamkeit, die diese Neugründung im Rahmen der russischen Desinformationskampagne gegen die Ukraine seit Anfang 2014 erhalten hatte, und ungeachtet der wachsenden Popularität von militantem Patriotismus in der von Krieg, Leid und Zerstörung geprägten Ukraine. Zwar gelang der schillernden Führungsfigur des Rechten Sektors, Dmytro Jarosch, der Parlamentseinzug per Direktmandat aus einem Wahlbezirk seiner hauptsächlich russischsprachigen Dnipropetrowsker Oblast (29,76%), bei den gesamtnationalen Präsidentschaftswahlen fünf Monate zuvor hatte Jarosch allerdings nur 0,70% erhalten. Seine Autorität dürfte sich daher – trotz der indirekten russischen Werbung für den durch die Kremlmedien dämonisierten Jarosch – auch in Zukunft in Grenzen halten.

Das womöglich bedauerlichste Ergebnis der Wahlen ist die Direktwahl des ebenfalls schillernden Ultranationalisten Andrij Bilezkij im Kiewer Stadtbezirk Obolon (33,75%). Der bis vor kurzem der ukrainischen Öffentlichkeit völlig unbekannt aus Charkiw stammende Bilezkij schaffte aufgrund seiner monatelangen öffentlichen Profilierung als Frontkämpfer, Vaterlandsverteidiger und Kommandeur des inzwischen auch im Westen weithin bekannten Freiwilligenregiments Asow den Sprung ins Parlament. Der ukrainischen Öffentlichkeit weitgehend verborgen blieb dabei Bilezkij's dubiose Vergangenheit als sogenannter »weißer Führer« der klar faschistischen Zwergorganisation Sozial-Nationale Versammlung – Patriot der Ukraine (SNA-PU). Der unverhohlene biologische Rassismus und der kaum kaschierte

Neonazismus der SNA-PU stellt selbst im Kontext des ukrainischen Rechtsradikalismus eine Aberration dar.

Insgesamt kommen die ukrainischen Ultranationalisten jedoch nach einer Zählung des führenden Rechts-extremismusforschers Wjatscheslaw Lichatschow (Euro-Asiatischer Jüdischer Kongress, Jerusalem) im neuen Parlament auf insgesamt nur 13 Mandate, womit sich deren Zahl gegenüber dem letzten Parlament auf knapp ein Drittel reduziert hat. Das Scheitern der Freiheitspartei und des Rechten Sektors an der Fünfprozentbarriere ist umso bemerkenswerter, als nur einige wenige Wähler von der Krim und nur ein Teil der Wählerschaft des Donezbeckens an den Wahlen teilgenommen hat. Damit war die verbleibende Gesamtwählerschaft der Ukraine eigentlich zu Gunsten der ukrainischen Ethnozentristen reduziert, die auf der Krim und im Donbas nur geringe Unterstützung genießen. Nichtsdestoweniger scheiterten zur Überraschung nicht zuletzt ihrer eigenen Führer beide Parteien bei den Verhältniswahlen. Sie hätten mit einer vereinigten Liste zwar wahrscheinlich den Sprung über die Eingangshürde geschafft, man kann jedoch spekulieren, dass bei einer regulären Wahl in allen Regionen der Ukraine auch eine vereinigte Liste der Freiheitspartei und des Rechten Sektors letztlich weniger als fünf Prozent Wählerunterstützung erhalten hätte.

Das wohl positivste Ergebnis und das vierte Novum des jetzigen Parlaments ist der Einzug einer ganzen Reihe profilierter Aktivisten des Euromaidans, die über verschiedene Parteilisten bzw. direkt gewählt zu Abgeordneten wurden. Unter ihnen sind so bekannte investigative Journalisten wie Serhij Leschtschenko und Mustafa Nayem oder auch so hoch angesehene Zivilgesellschaftlerinnen wie Hanna Hopko, Switlana Salischtschuk und Iwanna Klypush-Zinzadse. Es hatte zwar auch vorher einzelne Parlamentsabgeordnete mit ähnlichem Profil in der Rada gegeben, etwa den Fernsehjournalisten Andrij Schewtschenko. Allerdings erreicht ihre Zahl mit 19 derartigen Deputierten nun eine kritische Masse, die darauf hoffen lässt, dass sich nicht nur der Inhalt, sondern auch der Modus der Gesetzgebungstätigkeit im neuen ukrainischen Parlament merklich verbessern wird. Zwar werden auch weiterhin die sogenannten Oligarchen versuchen, hinter den Kulissen zu ihrem persönlichen Vorteil Einfluss auf die Legislative zu nehmen, zumindest die Zivilgesellschaftler, so ist zu erwarten, werden sich jedoch dagegen energisch zur Wehr setzen.

Über den Autor:

Andreas Umland, Dr. phil., Ph. D., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euroatlantische Studien Kiew und Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society«, ibidem-Verlag Stuttgart.

Vom Maidan ins Parlament, vom Maidan in die Provinz: neue Wege der ukrainischen Zivilgesellschaft

Von Susann Worschech, Berlin

Ein Jahr nach dem Beginn des Euromaidan ist klar: Die ukrainische Zivilgesellschaft hat viel erreicht. Aber die größten Aufgaben – der Aufbau eines demokratischen Staates und die Etablierung demokratischer Kultur – liegen noch vor ihr. Ihre Stärke wird sich erst darin zeigen.

Mit dem Beginn der Proteste auf dem Kiewer Maidan vor einem Jahr schien die These, die ukrainische Zivilgesellschaft sei schwach, endgültig widerlegt. Und tatsächlich kann der Euromaidan als ein Meisterstück politischer Selbstorganisation gelten: initiiert über die sozialen Medien, am Laufen gehalten von AktivistInnen, die in verschiedensten NGOs Organisations-, Kampagnen- und Logistikerfahrung gesammelt haben, und getragen von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, Berufen und Landesteilen der Ukraine.

Dass dies alles so funktionierte, ist auch der kontinuierlichen und intensiven Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft seit der Orangen Revolution zu verdanken. Damals war die Zivilgesellschaft überfordert vom eigenen Erfolg und zu schwach, um den demokratischen Moment in einen demokratischen Prozess umzuwandeln. Doch aus der Enttäuschung wurde Entwicklung, welche auch von externen Demokratieförderern unterstützt wurde. Die Förderung indes war eher diffus und widersprüchlich als kohärent und zielgerichtet. Externe Förderer verfolgten in den letzten Jahren in der Ukraine vor allem zwei Strategien: einmal die der Professionalisierung der Zivilgesellschaft und zum anderen politische Kulturförderung. Im Bereich der Professionalisierung wurden bevorzugt Projekte unterstützt, die vor allem Kampagnenmanagement, Vernetzung und interne Strukturen der Organisationen verbesserten – einige Geber erhoben erfolgreich absolvierte Buchhaltungskurse zur Voraussetzung für die Förderung. Ein weitaus kleinerer Teil der Förderer verfolgte eine Strategie, die sich auf die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur, auf thematische »Nischen« oder lokale Initiativen konzentrierte. In der Folge dieser Förderstrategien blieb die ukrainische Zivilgesellschaft zunächst ein selbstreferenzieller Zirkel gut gebildeter und engagierter Leute, die aber weite Teile der Gesellschaft mit ihren Aktivitäten nicht erreichten.

Erst auf dem Maidan kamen beide Strategien zusammen: Engagierte StudentInnen, Initiativen und Kampagnenprofis bildeten das Rückgrat der Proteste jener Hunderttausenden, die gegen das autoritäre System Janukowitsch protestierten. In diesen Monaten zeigte die ukrainische Zivilgesellschaft ihre Stärke. Für eine

zivilgesellschaftliche Erfolgsgeschichte ist es aber noch zu früh, denn die Protestmobilisierung ist nur der Anfang der Demokratisierung durch die Zivilgesellschaft. In der postrevolutionären Phase der Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie kommen der Zivilgesellschaft drei zentrale Aufgaben zu: Sie unterstützt das Wachsen einer demokratischen politischen Kultur, überwacht das transparente Handeln der Institutionen und gilt als »Schule der Demokratie«, die auch neue, demokratisch orientierte Kräfte und künftige politische Entscheidungsträger hervorbringt.

Letztgenannter Punkt wurde bereits realisiert: In den Parlamentswahlen im Oktober 2014 kandidierten erstmals etwa dreißig AktivistInnen sowie investigative JournalistInnen für die Werchowna Rada. Neunzehn von ihnen haben es über die Listen Poroschenko, Nationale Front, Selbsthilfe und Vaterlandspartei geschafft, ein Mandat zu erringen. Es sind Menschen wie die Journalisten Mustafa Najem oder Serhij Leschtschenko, die in den vergangenen Jahren mutig und investigativ über die Korruption der Janukowitsch-Autokratie berichtet und den Euromaidan initiiert haben. Es sind auch AktivistInnen wie Switlana Salischtschuk, eine erfahrene NGO-Kampagnenmanagerin; wie Hanna Hopko, Leiterin der derzeit wohl wichtigsten politischen NGO, welche Vorschläge für die zentralen Reformvorhaben erarbeitet und dem Parlament unterbreitet; oder wie Jehor Sobolew, der sich unermüdlich für eine Lustration und Aufarbeitung der autoritären Vergangenheit einsetzt. Mit ihnen verbindet sich die Hoffnung, dass sie eine neue Kultur der Transparenz und der Aufrichtigkeit ins Parlament bringen. Ihre bisherigen Biographien jedenfalls deuten darauf hin, dass sie überzeugte Demokraten sind, und untereinander gut vernetzt obendrein.

Doch wichtig ist jetzt vor allem die Entwicklung einer stabilen und ausdifferenzierten Parteienlandschaft. Schon im Transformationsmutterland Polen hat die Konsolidierung des Parteiensystems mehr als ein Jahrzehnt in Anspruch genommen. Eine solche Lernphase kann sich die Ukraine heute nicht leisten, zumal der Krieg mit Russland die Reformbereitschaft genug lähmt. Die Konzentration auf den Krieg verhindert auch die inhaltliche Parteientwicklung – die wichtigste Voraus-

setzung für die Formulierung von Politik und die Bildung von Koalitionen. Heute sind alle relevanten Parteien der Ukraine vor allem eines: patriotisch. So fehlt dem Land nicht nur ein ernsthafter politischer Wettbewerb, sondern, indem Parteien inhaltsleer bleiben, auch eine Entwicklung der Parteien vom bloßen Karrierevehikel zu Orten politischer Willensbildung.

Inwiefern die »Neuen« im Parlament zur Entwicklung einer pluralistischen Parteienlandschaft beitragen können, bleibt fraglich. Erste Konflikte wie der Austritt Sobolews aus der von ihm selbst gegründeten Partei Wolja und eine mögliche Spaltung der jungen Partei lassen nichts Gutes erahnen. Dass der Spill-Over von der Zivilgesellschaft auf die Politik selten reibungslos verläuft, ist zwar bekannt, dennoch können sich die AktivistInnen nicht zu viele Reibungsverluste leisten. Es bleibt zu hoffen, dass die Hoffnungsträger ihre Professionalität im politischen Alltag und für den Aufbau echter Parteien nutzen.

Die zweite wichtige Aufgabe der Zivilgesellschaft ist, Regierungshandeln und Parlament weiter kritisch zu begleiten. Nach dem Wechsel einiger ihrer erfahrensten VertreterInnen in die Politik muss sich die Zivilgesellschaft nun auch personell weiterentwickeln und sich gegenüber Parlament und Regierung neu positionieren. Dazu gehören nicht nur die intensive Lobbyarbeit und das Drängen auf Reformen, sondern auch die kritische Beobachtung ihrer »eigenen« ParlamentarierInnen.

Über die Autorin:

Susann Worschech, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, promoviert an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zu Netzwerkstrukturen der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihrer externen Förderung.

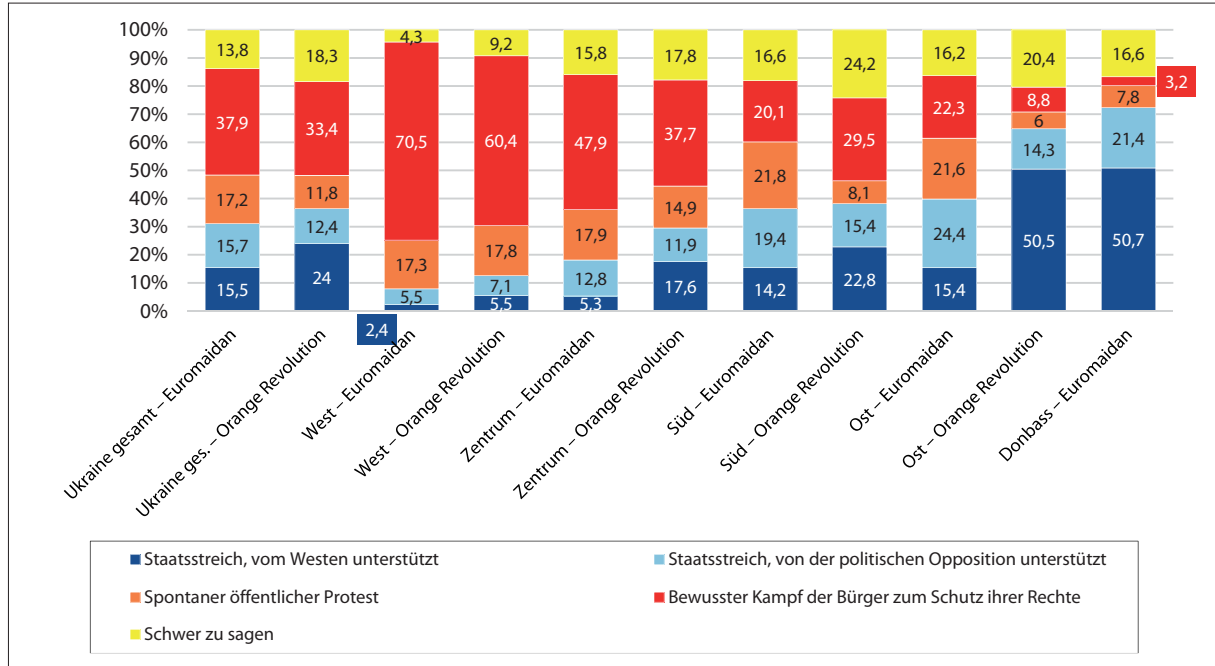
Die schwierigste, weil langfristige Aufgabe ist jedoch die Förderung einer demokratischen politischen Kultur. Gerade jetzt, angesichts des Krieges im Osten der Ukraine, entwickelten die Ukrainerinnen und Ukrainer ein Miteinander, ein gemeinsames altruistisches Handeln, das vor zwei Jahren noch undenkbar war. Es wird gesammelt und gespendet für die Armee, die Menschen melden sich freiwillig für Hilfseinsätze zur Versorgung der Verletzten und in vielen Regionen und Kommunen entsteht anscheinend eine Zivilgesellschaft von unten. Aber ist dies auch eine »zivile Gesellschaft«? So beeindruckend das momentane Engagement vieler ist: Eine Zivilgesellschaft, die um die Themen Krieg und Nothilfe entsteht, läuft Gefahr, sich kurzfristig zu radikalieren und mittelfristig wieder zusammenzubrechen. Für die Demokratisierung ist beides problematisch. Ein Dialog zwischen der »alten« politischen Zivilgesellschaft und dem neuen Engagement wäre notwendig, um den aktuellen Gemeinsinn aufzunehmen und in eine Zivilgesellschaft für Friedenszeiten zu transformieren.

Die externen Förderer könnten diesen Dialog unterstützen. Die Professionalisierung der Organisationen, vor allem auf der nationalen Ebene, ist weit vorangeschritten. Jetzt gilt es, neue Strategien zu erarbeiten und zum Beispiel die neuen lokalen Initiativen mit Know-how und Ressourcen zu begleiten, damit die Erfahrung, etwas verändern zu können, durch das Engagement vor Ort aufrechterhalten wird.

UMFRAGE

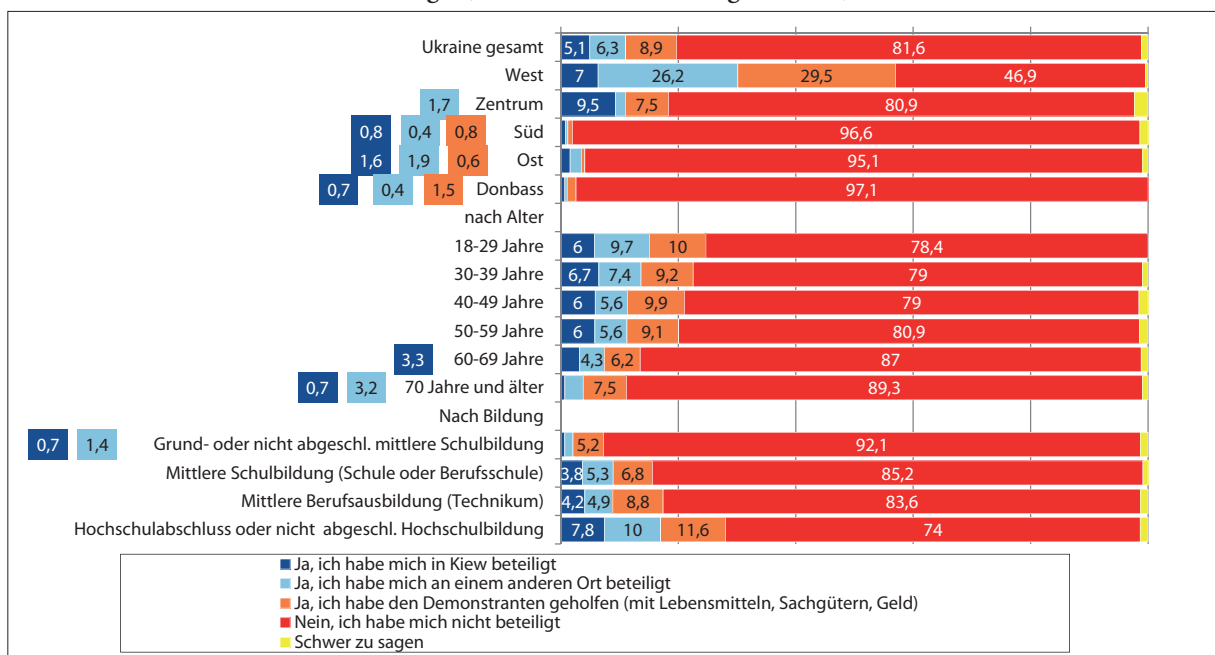
Die Meinung der Ukrainer über den Euromaidan nach einem Jahr

Grafik 1: Was war Ihrer Meinung nach der »Euromaidan«, was die »Orange Revolution«?*



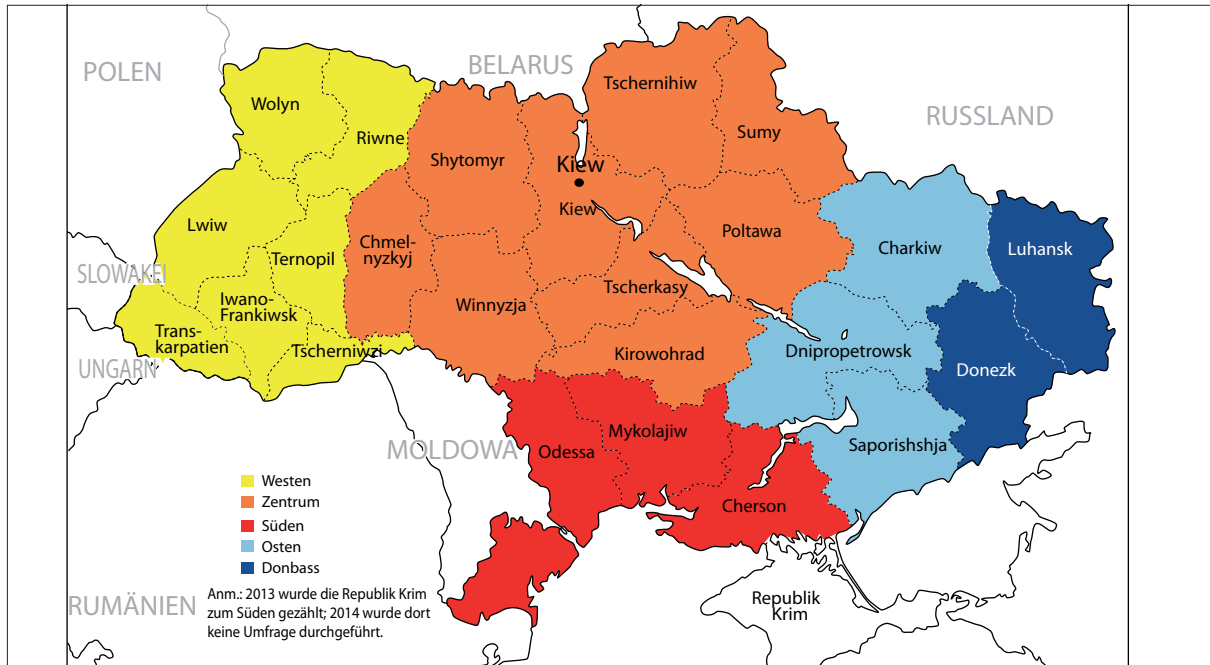
*Die Umfrage über den Euromaidan wurde in allen Regionen außer auf der Krim durchgeführt (N=2025). In der Umfrage zur Orange Revolution (N = 1777) ist der Donbass Teil der Region Ost. Quelle: Umfrage über dem Euromaidan – repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationalen Institut für Soziologie (KMIS), vom 9. bis zum 18. Oktober 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/hethrtjhrhthrtt.htm>; Umfrage zur Orange Revolution – Ukraine-Analysen Nr. 01 vom 14. Februar 2006, S. 6, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen01.pdf>>.

Grafik 2: Haben Sie sich am Euromaidan, also an den Protesten gegen die Regierung vom November 2013 bis zum Februar 2014 beteiligt? (Mehrere Antworten möglich, in %)



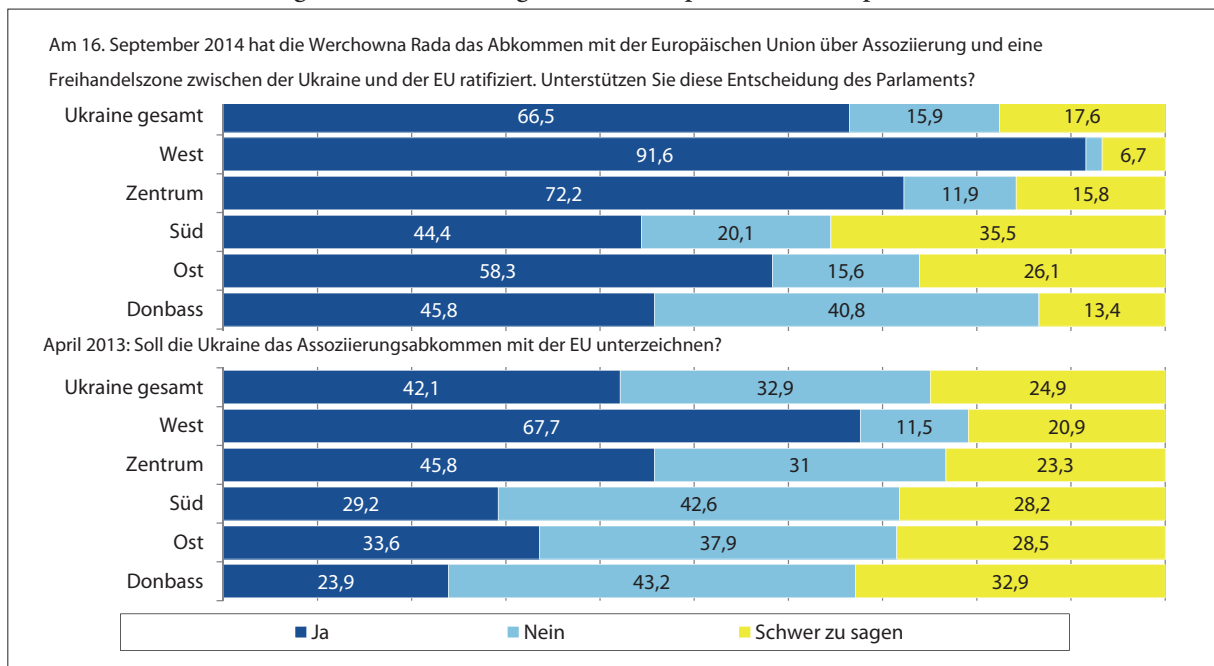
Quelle: Umfrage über dem Euromaidan – repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationalen Institut für Soziologie (KMIS), vom 9. bis zum 18. Oktober 2014, <http://www.dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/hethrtjhrhthrtt.htm>.

Grafik 3: Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen für die Umfragen zur Assoziierung mit der EU (Grafik 4)



Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>, S. 2; Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

Grafik 4: Unterstützung für die Assoziierung mit der EU: April 2013 und September 2014 (in %)



Quelle: Rasumkow-Zentrum, »Ukraine 2014: sozioökonomische Krise und Reformmöglichkeiten«, S. 56–57, <http://razumkov.org.ua/upload/2014_Ekonomika_crv.pdf>.

UN-Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ostukraine (20.11.2014)

Serious human rights violations persist in eastern Ukraine despite tenuous ceasefire—UN report

GENEVA (20 November 2014)—Civilians have continued to be killed, unlawfully detained, tortured and disappeared in eastern Ukraine, and the number of internally displaced people has risen considerably despite the announcement of a ceasefire on 5 September, according to a new UN human rights monitoring report released Thursday.

“Violations of international human rights law and international humanitarian law persist,” the report states. “The situation in the conflict-affected area is becoming increasingly entrenched, with the total breakdown of law and order and the emergence of parallel governance systems in the territories under the control of the [self-proclaimed] ‘Donetsk people’s republic’ and the [self-proclaimed] ‘Luhansk people’s republic.’”

“The continuing presence of a large amount of sophisticated weaponry, as well as foreign fighters that include servicemen from the Russian Federation, directly affects the human rights situation in the east of Ukraine,” the report adds. “Guaranteeing the protection of those who live within the conflict-affected area must be of the highest priority. A peaceful solution must be found to end the fighting and violence, to save lives and to prevent further hardship for those people living in the eastern regions.”

According to the UN Human Rights Office, from mid-April to 18 November, at least 4,317 people were killed and 9,921 wounded in the conflict-affected area of eastern Ukraine. Since the ceasefire began, from 6 September up to 18 November, 957 fatalities were recorded—838 men and 119 women, although some may have been killed prior to the ceasefire, with the data only recorded later. The number of internally displaced people (IDPs) has also sharply increased from 275,489 as of 18 September to 466,829 on 19 November, according to the State Emergency Service of Ukraine.*

The report itself, the seventh produced by the 35-strong UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine, covers the period between 17 September and 31 October 2014. The report states that serious human rights abuses by the armed groups continued to be reported, including torture, arbitrary and incommunicado detention, summary executions, forced labour and sexual violence as well as the destruction and illegal seizure of property.

Reports on the use of cluster munitions in both urban and rural areas must be urgently and thoroughly investigated, the report states, as must all alleged violations and abuses of international human rights law and violations of international humanitarian law.

“Accountability and an end to impunity are at the core of ensuring peace, reconciliation and long term recovery,” the report stresses, adding that crimes must be promptly investigated, perpetrators held accountable and victims provided with an effective remedy, as well as with the required help and support.

It notes that secret and illegal places of detention continue to be in operation, with individuals detained incommunicado and allegations of torture and ill-treatment. Thousands of individuals remain missing. Ad hoc graves continue to be found and exhumed to establish the identities of those buried in them and to allow their bodies to be handed over to relatives.

There were also worrying accounts of the conduct of prisoner exchange processes, including reports that individuals were actually deprived of their liberty for the purpose of the exchange, the report says.

Severe curtailment of the economic, social and cultural rights of people in Ukraine is also of grave concern. One particularly pressing concern is the threat of interrupted treatment of nearly 60,000 HIV-positive and around 11,600 multi-drug resistant tuberculosis patients in all regions, due to non-completed tenders for the purchase of essential life-saving medicine.

“Discontinuation of treatment is life-threatening for more than 70,000 patients and may lead to the uncontrolled spread of epidemics,” the report warns. “Provision of essential medicines is one of the core obligations of the State to ensure the satisfaction of the minimum essential level of the right to health.”

The situation in the Autonomous Republic of Crimea is marked by reports of increasing human rights violations and protection challenges, especially for vulnerable minority and indigenous groups, and most notably for the Crimean Tatars.

On a more positive note, during the reporting period, a number of key laws were passed by parliament. These included legislation on IDPs, on corruption, and on reform of the Office of the Prosecutor. On 15 October, the Ukrain-

ian President also signed a decree tasking the Government to elaborate a national human rights strategy for Ukraine by 1 January 2015.

UN High Commissioner for Human Rights Zeid Ra'ad Al Hussein welcomed the decree, which he hoped would place a greater, sustained emphasis on the promotion and protection of human rights in the country. However, he stressed that good laws and policies need to be accompanied by a genuine political commitment to implement them.

High Commissioner Zeid expressed deep dismay at the lack of significant progress on accountability for violations and abuses perpetrated so far, and for continued violations of the ceasefire.

“The list of victims keeps growing. Civilians, including women, children, minorities and a range of vulnerable individuals and groups continue to suffer the consequences of the political stalemate in Ukraine,” Zeid said.

“Respect for the ceasefire has been sporadic at best, with continued outbreaks of fighting and shelling resulting in an average of 13 people a day being killed during the first eight weeks of the ceasefire,” he added. “All parties need to make a far more whole-hearted effort to resolve this protracted crisis peacefully and in line with international human rights laws and standards.”

* Figures contained in this paragraph have been updated beyond the period covered by the report. The casualty figures are estimated by OHCHR and WHO; and the figures for displacement by the State Emergency Service of Ukraine.

Quelle: <<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/Media.aspx?IsMediaPage=true&LangID=E>>, *der vollständige Bericht ist hier zu lesen:* <http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/OHCHR_seventh_reportUkraine20.11.14.pdf>.

10. – 23. November 2014

10.11.2014	Oleksandr Sachartschenko, Anführer der »Volksrepublik Donezk«, erklärt, dass die Separatisten den Austausch von Gefangenen bis zu einem nächsten Treffen der Konfliktparteien in Minsk aussetzen werden. Wann ein solches Treffen stattfinden soll, ist noch unklar.
10.11.2014	Energieminister Jurij Prodan wird von der Generalstaatsanwaltschaft zu den Vorwürfen vernommen, sein Ministerium habe Kohle von Unternehmen, die von Separatisten kontrolliert werden, eingekauft. Er erklärt, sein Ministerium stehe mit den Separatisten nicht in geschäftlichen Verhandlungen.
10.11.2014	Die Beobachter der OSZE-Mission berichten von zwei neuen Konvois mit Kriegsgerät. Die Separatisten erklären, die Waffen seien nicht aus Russland geliefert worden.
10.11.2014	Bei Kampfhandlungen auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« kommen zwei Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben.
11.11.2014	Bei einem Gefecht in der Nähe von Beresowo kommen drei Soldaten der ukrainischen Armee und neun separatistische Kämpfer ums Leben.
11.11.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen den Vorstandsvorsitzenden der ukrainischen staatlichen Eisenbahngesellschaft Ukrzalisnyzja. Ihm wird die Annahme von Bestechungsgeld in Höhe von 100.000 Hrywnja vorgeworfen.
11.11.2014	Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates beschuldigt die Beobachter der OSZE, Positionen von Einheiten der ukrainischen Armee und Truppenbewegungen zu veröffentlichen. Später entschuldigt sich ein Sprecher des Verteidigungsministeriums für die ungerechtfertigten Vorwürfe.
11.11.2014	Der Kurs der Hrywnja fällt auf ein historisches Tief: Ein Dollar kostet etwa 16, ein Euro etwa 20 Hrywnja. Damit ist die Währung im Verhältnis zu Dollar und Euro etwa halb so viel wert wie vor dem Ausbruch der Krise.
12.11.2014	Bei Schtschastje im Gebiet Donezk wird ein Soldat der ukrainischen Armee getötet.
12.11.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft erklärt, dass Vertreter des Kriegsverbrechertribunals in Den Haag in die Ukraine gereist seien, um die Todesfälle bei den gewaltsamen Protesten im Februar 2014 auf dem Maidan zu untersuchen. Über 70 Menschen waren von Scharfschützen erschossen worden.
12.11.2014	Die Regierung erlässt Ausfuhrbeschränkungen auf Kohle.
12.11.2014	Der Oberkommandeur der NATO in Europa, Philip Breedlove, erklärt, dass nach NATO-Informationen in den vergangenen Tagen Waffen aus Russland in die von Separatisten kontrollierten Gebiete in der Ostukraine geliefert worden seien.
12.11.2014	Im Zusammenhang mit der anhaltenden Inflation erhöht die Nationalbank den Leitzins erneut – von 12,5 auf 14 %.
12.11.2014	Kiews Bürgermeister Witalij Klitschko ernennt den rechtsradikalen ehemaligen Kommandeur des Freiwilligenbataillons »Asow«, Wadim Trojan, zum Polizeichef der Region Kiew.
13.11.2014	Vier ukrainische Soldaten werden bei Gefechten getötet.
13.11.2014	Präsident Petro Poroschenko legt einen neuen Feiertag – den Tag der Würde und Freiheit – fest. Er soll am 21. November begangen werden.
13.11.2014	Russland entsendet den nunmehr siebten Hilfskonvoi in die umkämpften Gebiete im Osten der Ukraine. Die Ukraine beklagt die Verletzung ihrer Grenzen durch solche Lieferungen, die nach ukrainischen Angaben nicht mit den zuständigen Behörden oder dem Internationalen Roten Kreuz abgestimmt seien.
14.11.2014	Beim Beschuss eines Wohngebietes im Ort Trochisbenka im Gebiet Luhansk kommt ein Kind ums Leben.
14.11.2014	Ein Soldat der ukrainischen Armee wird getötet.
14.11.2014	Russische Medien veröffentlichen Satellitenaufnahmen, auf denen der Abschuss der im Juli 2014 über dem Donbass abgestürzten Passagiermaschine durch eine Luft-Luft-Rakete zu sehen sein soll.
15.11.2014	Sieben Soldaten der ukrainischen Armee und zwei Zivilisten kommen in der Zone der »Anti-Terror-Operation« bei Gefechten ums Leben.
15.11.2014	Die OSZE veröffentlicht Informationen, nach denen es zwischen Vertretern der ukrainischen Armee, russischen Streitkräften in der Ukraine und Vertretern der Separatisten der »Volksrepublik Donezk« Gespräche gebe, wie sich innerhalb von 21 Tagen beide Seiten zurückziehen könnten.

15.11.2014	In Horliwka im Gebiet Donezk wird ein Wohnhaus beschossen. Fünf Zivilisten, darunter zwei Kinder, kommen ums Leben.
16.11.2014	Trotz des vereinbarten und offiziell noch immer geltenden Waffenstillstands wird im Donbass weiter geschossen. Bei Gefechten im Gebiet Donezk kommen drei ukrainische Soldaten ums Leben.
16.11.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt in einem Interview mit der deutschen Bild-Zeitung, die ukrainische Armee sei in erheblich besserem Zustand als noch vor fünf Jahren. Man wolle keinen Krieg, aber man sei gerüstet für das Szenario eines Krieges gegen Russland.
17.11.2014	Bei Gefechten im Gebiet der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee kommen sechs Soldaten und – nach Angaben der Armee – 26 Kämpfer der Separatisten ums Leben.
17.11.2014	Der Stadtrat von Donezk erklärt, dass dort am vergangenen Wochenende beim Beschuss von Wohnhäusern ein Zivilist getötet worden sei.
17.11.2014	Vertreter des Ministerrates der EU rufen beide Seiten des Konfliktes dazu auf, ihren Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen nachzukommen und den Dialog zu intensivieren.
18.11.2014	Die staatliche Statistikbehörde veröffentlicht Zahlen, nach denen die Industrieproduktion der Ukraine im Vergleich zum Oktober 2013 um 16,3 % zurückgegangen ist.
18.11.2014	Sechs Soldaten kommen bei Gefechten ums Leben.
18.11.2014	Der Minister für Energie und Kohleindustrie Jurij Prodan erklärt, der ukrainische Konzern Ukrinterenergo stehe mit russischen Energieunternehmen in Verhandlungen zum Stromimport.
19.11.2014	Zwei Soldaten werden bei Gefechten getötet.
19.11.2014	Nach Angaben des Gouverneurs des Gebiets Luhansk, Hennadij Moskal, gibt es drei Tote unter der Zivilbevölkerung, als Separatisten mit »Grad«-Raketen von der Ukraine kontrolliertes Territorium beschießen.
19.11.2014	Das Ministerkabinett nimmt einen Erlass des Präsidenten Petro Poroschenko vom 24. September 2014 an. Darin wird die einseitige Befestigung der Staatsgrenze mit Russland angeordnet.
19.11.2014	Ein Pressesprecher des russischen Präsidenten erklärt, man fordere von der NATO eine »hundertprozentige Garantie«, dass sie die Ukraine nicht in die Allianz aufnehmen werde, um das Gleichgewicht der Kräfte nicht zu stören.
20.11.2014	In Kiew wird ein Teil der Institutskaja-Straße in »Allee der himmlischen Hundertschaft« umbenannt. Auf der Straße hatten im Januar und Februar große Teile der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei stattgefunden. Mit dem Begriff »Himmlische Hundertschaft« werden die etwa 80 Personen bezeichnet, die auf dem Höhepunkt der Proteste gegen den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch auf dem Maidan von Scharfschützen getötet worden waren.
20.11.2014	Einer Umfrage der Agentur »Rating« zufolge würden 64 % der UkrainerInnen einen Beitritt ihres Landes zur EU begrüßen, 17 % wünschen sich stattdessen einen Beitritt zur von Russland ins Leben gerufenen Zollunion. Im April hatten die Zahlen bei 55 % für einen EU-Beitritt und 24 % für die Zollunion gelegen. Der NATO würden 51 % der UkrainerInnen beitreten, verglichen mit 40 % im April 2014. Gegen einen NATO-Beitritt sind 25 %. Im April waren es noch 46 % gewesen.
20.11.2014	In einem von der Ukraine kontrollierten Teil des Donbass werden OSZE-Beobachter von Personen in ukrainischen Uniformen beschossen. Vertreter des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine beklagen eine Provokation der Separatisten.
20.11.2014	In Mariupol im Gebiet Donezk werden bei der Explosion eines Militärfahrzeuges zwei Soldaten verletzt.
21.11.2014	Bei Gefechten im Osten des Landes kommt ein Soldat der ukrainischen Armee ums Leben.
21.11.2014	Fünf politische Kräfte einigen sich nach den Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014 auf einen Koalitionsvertrag. Es sind der Block Petro Poroschenko, die Volksfront von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow, die neue Partei Selbsthilfe, die Radikale Partei Oleh Ljaschkos und die Partei Vaterland.
21.11.2014	In Kiew und anderen Städten der Ukraine wird der Jahrestag des Euromaidan begangen. Am 21. November 2013 hatten sich zunächst Studierende auf dem Maidan der Unabhängigkeit in Kiew versammelt, um gegen das unvermittelte Aussetzen der Verhandlungen um ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine zu protestieren. Etwa 10.000 Menschen besuchen am Abend den Maidan, um der Proteste und der bei ihnen umgekommenen Menschen zu gedenken. Präsident Petro Poroschenko verleiht den auf dem Maidan getöteten Demonstranten posthum den Orden »Held der Ukraine«.

22.11.2014	Laut Auskünften des Pentagon übergeben die USA der Ukraine drei Radarsysteme zur Abwehr von Mörsergranaten. Der Rest der insgesamt 20 Einheiten, die in die Ukraine geliefert werden sollen, folge in den kommenden Wochen. Zur Verstärkung ihrer Grenzkontrollen stellt die US-Regierung der Ukraine außerdem ca. 320 Millionen US-Dollar zur Verfügung.
22.11.2014	Das Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee vermeldet, dass erneut Waffen aus Russland an die Separatisten geliefert worden seien.
23.11.2014	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier erklärt, die Ukraine solle partnerschaftliche Beziehungen mit der NATO aufbauen, jedoch nicht Mitglied werden. Auch um über eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu reden, sei es zu früh. Am 19. November 2014 hatte Russland eine Garantie eingefordert, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten werde.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>